



00.078

**Filmproduktion
und Filmkultur.
Bundesgesetz**

**Culture et production
cinématographiques.
Loi fédérale**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.03.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.06.01 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.09.01 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.11.01 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.01 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.01 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Hess Peter): Ich möchte einleitend eine Bemerkung machen: Wir haben am 11. Juni dieses Jahres bereits einmal über diese Vorlage diskutiert, haben damals aber lediglich die Rückweisung an den Bundesrat abgelehnt. Wir haben noch keine materielle Beratung durchgeführt und auch nicht über Eintreten oder Nichteintreten abgestimmt.

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Die nationalrätliche WBK empfiehlt Ihnen geschlossen, auf die vorliegende Revision des Filmgesetzes einzutreten und den Beschlüssen des Ständerates vollumfänglich zu folgen. Ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte:

Die Ausgangslage ist Ihnen bekannt. Der Ständerat hat während der Frühjahrsession in Lugano den Entwurf des Filmgesetzes in einem – wie ich damals fand – fast schon filmreifen Coup an den Bundesrat zurückgewiesen. Die

AB 2001 N 1525 / BO 2001 N 1525

Premiere für das revidierte Filmgesetz war vorerst geplatzt. Dank der "Hebammenhilfe" diverser vernünftiger Leute konnte der Filmriss mit einem Kompromiss hinter den Kulissen wieder geklebt werden. Deshalb konnte Ihnen die WBK in der Sommersession eine Ablehnung der Rückweisung beantragen, was mit dem Ständerat abgesprochen war. Sie sind dem Antrag gefolgt. Dies machte dem Ständerat den Weg frei, in der Herbstsession auf das Filmgesetz einzutreten und die mit allen beteiligten Parteien der Filmbranche ausgehandelten Bestimmungen in Gesetzesartikel zu giessen. Diese Kompromisslösung liegt nun unserem Rat vor.

Ich bitte Sie im Namen der WBK, die geschlossen dafür war, auf die Vorlage einzutreten, der Kompromisslösung zuzustimmen und auch keine Differenzen zum Ständerat zu produzieren. Damit kann nämlich das Filmgesetz sozusagen mit einem verspäteten Happyend auf den 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt werden. Darum heisst es jetzt auch hier im Nationalrat: Filmgesetz – die zweite Klappe fällt, wie man beim Film so schön sagt.

Was beinhaltet nun der von den Beteiligten ausgehandelte Kompromiss? Ich rapportiere Ihnen die wichtigsten Szenen daraus.

Die Hauptszene sind die Vorschriften zur Förderung der Angebots- und Sprachenvielfalt des Schweizer Kinoprogramms. Ein von der Filmbranche in Selbstregulierung angewandter Mechanismus soll verhindern, dass in den Schweizer Kinos nur noch Hollywood-Einheitskost zu sehen ist. Verantwortlich ist primär die Kinobranche selber; sie schliesst zu diesem Zweck Branchenvereinbarungen ab. Erst wenn die Selbstregulierung versagt, wird der Bund aktiv. Er fordert die Kinobetreiber auf, innert angemessener Frist Massnahmen zur Wiederherstellung der Angebotsvielfalt zu ergreifen. Gelingt dies nicht, wird bei der Branche in den entsprechenden Kinoregionen eine Abgabe von zwei Franken pro Eintritt eingezogen – die Branche macht das dann selbst.





Der Ertrag wird für die Förderung der Angebotsvielfalt in Verleih und öffentlicher Vorführung verwendet. Die Branche kann sich von der Abgabe befreien, indem sie sich verpflichtet, einen besonderen Beitrag zur Vielfalt und Qualität des Filmangebotes zu leisten. Damit wäre also die Freiheit des Marktes und des liberalen Filmmarketingsystems gegenüber dem – wie es immer geheissen hat – bösen Vorschlag des Bundesrates mit einer Lenkungsabgabe gerettet und verteidigt.

In der Kommission haben wir auch darüber ein bisschen diskutiert und gefunden, der Kompromiss sei gut; wir unterstützen ihn. Man muss aber auch sehen, dass ein relativ einseitiger Kompromiss geschlossen worden ist und dass sich vor allem auch die amerikanische Verleihlobby im Ständerat erfolgreich gewehrt hat. Der Bund spielt jetzt trotz Verfassungsartikel – Sie wissen ja, die Filmförderung ist in der Verfassung festgeschrieben – nur noch die Rolle des Schiedsrichters, und dies erst nach sehr langer Zeit, wenn die Programmvielfalt pro Region nicht mehr gewährleistet ist.

In einer weiteren wichtigen Szene regelt das neue Filmgesetz die staatliche Filmförderung. Subventioniert wird nicht nur nach Qualitätskriterien, sondern auch nach Erfolgskriterien. Übrigens läuft Ende Jahr die Pilotphase für die erfolgsabhängige Filmförderung aus. Die Bearbeitung des Filmgesetzes ist darum dringlich, denn erst wenn das neue, revidierte Filmgesetz in Kraft ist, kann die Unterstützung des Schweizer Films, die heute unter dem Stichwort "succès cinéma" geleistet wird, auch gesetzlich abgesichert werden.

Ihre Kommission meint – und ich als Kommissionssprecherin unterstreiche das gerne –, dass Filme eines der wichtigsten und billigsten Mittel für die Imageförderung der Schweiz im Ausland sind. Das haben wir im Moment wahrlich nötig.

Der Bund wendet jährlich 17 Millionen Franken für die Filmförderung auf. Das sind aus meiner Sicht – mit Verlaub – Peanuts, wenn wir sehen, was andere Kleinstaaten für ihre Filmförderung tun, oder wenn wir es mit dem vergleichen, was jeder Kanton, der ein Opernhaus hat, nur schon in dieses investiert. Das ist drei- bis fünfmal mehr als der Betrag, mit dem der Schweizer Film gefördert wird.

Fördermittel sind, wenn wir gleich lange Spiesse wie die der Hollywoodfilme wollen, einfach nötig. Auch Publikumsliebhaber unter den Schweizer Filmen, wie zum Beispiel "Beresina" oder "Der Komiker", den Sie sicher alle gesehen haben, oder mein Lieblingsfilm, "Pane e tulipani", kommen ohne Fördermittel nicht aus. Und zwar aus den folgenden einfachen Gründen: Erstens ist der Schweizer Markt viel zu klein. Zweitens sind wir in der Schweiz mehrsprachig. Das heisst, es braucht teure Übersetzungen und Kopien. Schliesslich sind wir ja auf diese Vielsprachigkeit auch immer stolz.

In einer Nebenszene wird im neuen Filmgesetz auch noch der Bau und Betrieb von Multiplexkinos dereguliert. Die lästigen Bewilligungspflichten entfallen nun weitgehend. Sie sehen, dass Sie ein ausserordentlich liberales Filmgesetz vor sich haben. Ich glaube sogar, dass die "Oberlehrer des Ordoliberalismus", wie ein Kollege in der Kommission gesagt hat, nun zufrieden sein und dieser Vorlage problemlos zustimmen können, denn damit hat die Schweiz eines der liberalsten Filmförderungsgesetze Europas. Ob eines der besten, das lasse ich diplomatisch mal offen. Man könnte auch sagen: Hollywood hat in der Schweiz ganze Arbeit geleistet. Aber wir sind ja der Welt gegenüber offen. Wir sehen ja gerne Filme aus der ganzen Welt.

Auf jeden Fall können Sie getrost auf das revidierte Filmgesetz eintreten. Sie brauchen auch keine weiteren Anträge zu bewilligen. Alle, die vorliegen, sind nämlich in das Gesetz eingebaut. Ich denke, man kann zum Schluss sagen: Das Gesetz steht, der Kompromiss steht, und die freie Sicht auf Hollywoodfilme wird durch keinen einzigen Paragraphen getrübt.

In diesem Sinne bitte ich Sie zuzustimmen.

Neiryneck Jacques (C, VD), pour la commission: La loi sur le cinéma a subi un destin périlleux qui devrait trouver aujourd'hui une fin heureuse. Je vous rappelle son parcours: le projet du Conseil fédéral date du 18 septembre 2000. Lors de la session de printemps à Lugano, le Conseil des Etats a décidé de renvoyer ce projet au Conseil fédéral. Lors de notre session d'été, nous avons décidé de ne pas le renvoyer au Conseil fédéral. Lors de la session d'automne, le Conseil des Etats a adhéré à notre décision et adhère au projet du Conseil fédéral, sauf quelques observations contraires que vous pouvez trouver sur votre dépliant. En date du 8 novembre, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture de notre Conseil a adhéré à la décision du Conseil des Etats sans changer quoi que ce soit.

De quoi s'agit-il? On ne peut pas nier que le cinéma représente le plus populaire de tous les arts, le seul par lequel toute la population accède à la culture, dans la mesure bien entendu où un film fait plus qu'épater, distraire, exciter, faire appel aux passions les plus douteuses. Il y a de bons et de mauvais films, tout comme il y a de bons et de mauvais livres. Mais contrairement aux livres, l'accès du film dépend de la production, qui est très coûteuse, beaucoup plus que l'édition, et de la distribution qui se trouve entre les mains de quelques personnes.



Il n'y a donc pas lieu de se désintéresser de la production et de la distribution cinématographiques. C'est une des tâches de la Confédération. L'état actuel des choses n'est pas satisfaisant en ce sens que la seule production des Etats-Unis représente 80 pour cent des projections en salle. Quelle que soit la sympathie que l'on éprouve pour la culture yankee, on peut cependant souhaiter qu'elle ne soit pas la seule transmise aux générations à venir. C'est l'endroit de rappeler ce que beaucoup de gens ignorent, à savoir qu'entre 1930 et 1940, 80 pour cent de la production cinématographique du monde était française ou allemande. On a donc assisté, en un demi-siècle, à un véritable basculement culturel.

Défendre les cultures européennes, c'est aussi soutenir la diversité dans la distribution cinématographique. Tel est un des objectifs de cette loi, et c'est du reste le seul qui soit controversé.

Le texte qui vous est soumis a reçu, d'une part, le soutien de la profession, qui n'a plus rien à demander ou à exiger et,

AB 2001 N 1526 / BO 2001 N 1526

d'autre part, celui du Conseil des Etats et celui de votre Commission de la science, de l'éducation et de la culture.

Il a pour caractéristique essentielle d'encourager l'autodiscipline de la profession, d'observer l'évolution du marché, d'en faire une statistique et de n'intervenir par des sanctions qu'en tout dernier recours. Lors du passage au Conseil des Etats, toutes les sanctions par arrêts ont du reste été supprimées; il ne reste donc plus que des sanctions pécuniaires. Il n'y a donc ici, ni censure, ni contrôle étatique, mais application de la prescription constitutionnelle qui fait à la Confédération le devoir de promouvoir la culture.

Je vous recommande donc de suivre la proposition de votre commission qui adhère à la décision du Conseil des Etats.

Ménétreay-Savary Anne-Catherine (G, VD): Le groupe écologiste votera cette loi et ne s'opposera pas à l'arrangement dont nous voyons les résultats aux articles 17 et suivants.

Il faut dire que les choses se passent dans une ambiance un peu étrange. En juin, je disais que nous étions les acteurs d'un scénario obscur. Aujourd'hui, le mystère s'est éclairci, mais j'ai l'impression qu'il règne comme un drôle de silence autour de cette loi qui a pourtant provoqué bien des remous et qui est attendue comme le Messie. Pas de controverses, pas de contestation, pas de minorités. Même le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la culture semblent joyeusement accepter la perte de leur pouvoir de décision et de contrôle. Pourvu que l'Etat paye, c'est l'essentiel! C'est l'impression que cela nous laisse.

Pour le reste, les représentants de la branche, soit essentiellement les distributeurs et les propriétaires de salles, s'arrangent entre eux. Ce n'est pas que nous souhaiterions que l'Etat ait un rôle dirigiste dans la création culturelle, mais au moins qu'il crée les conditions de son existence. Or, avec cette loi, on est loin de l'art et de la culture, mais proche du business, lequel s'inscrit dans une industrie – fût-elle cinématographique – mondialisée. Quand on sait à quelles batailles se livrent les grands groupes de distributeurs autour d'une foule de projets de salles multiplex à la périphérie des villes, on imagine quelle importance ils peuvent encore accorder à la création et à la diversité culturelle. Et on se prend à douter du sens des nuances que l'arrangement introduit dans la loi, des nuances telles que "la région" au lieu de "la localité", "dans la mesure du possible" ou "dans un délai raisonnable" – ce qui se trouve dans les articles 17 et suivants à propos du rétablissement de ladite diversité.

En effet, ces grands complexes multisalles, qui se multiplient dans les banlieues, sont des constructions gigantesques avec parkings, commerces, restaurants et, inévitablement, distributeurs de pop-corn – on appelle même cela "le cinéma pop-corn"! Leurs perspectives d'avenir sont précaires, sauf à projeter des films à succès, qui ne sont généralement pas les fleurons de notre culture ni les oeuvres originales autrefois projetées dans les petites salles des centres-villes, qui se ferment les unes après les autres. Rappelons pour mémoire, comme cela a déjà été dit par les rapporteurs, que la programmation cinématographique est composée à 80 pour cent de films américains, 15 pour cent de films européens et 3 pour cent de films suisses. Ni la diversité culturelle, ni la biodiversité tout court ne sont le souci premier de l'économie mondialisée. Nous sommes donc conduits à nous demander comment des propriétaires de salles, appartenant à de grands groupes internationaux, qui s'entre-déchirent à longueur de projets, parviendront à "se concerter", selon les termes de l'article 17, pour rétablir la diversité?

Dans ce contexte, il n'est pas étonnant que M. Mörgeli vienne nous proposer d'extraire purement et simplement la diversité de la loi. Ajoutant le mot magique "suisse" aux articles 1 et 4 concernant la création, le groupe de l'Union démocratique du centre, thuriféraire traditionnel de la culture locale, nous montre que la diversité, pour lui, c'est les Etats-Unis, essentiellement, la Suisse, un très petit peu, et rien d'autre. Bien entendu, nous ne



voterons pas cette proposition.

Quant à M. Wasserfallen, lui, il veut bien que nous évaluions la situation, mais sur la base d'aucune donnée précise, et nous ne pourrions pas non plus suivre cette proposition.

Dernier point: Nous savons que si tout le monde est pressé, surtout les réalisateurs et les producteurs, c'est parce que la loi règle l'aide financière que la profession espère substantielle. Hélas! Le budget que nous discuterons la semaine prochaine n'est pas à la hauteur de ces espérances.

Le groupe écologiste votera donc la loi sur le cinéma aujourd'hui, mais il se réserve de revenir, au moment de l'examen du budget, pour que le contenu de la loi soit en rapport avec le contenant.

Galli Remo (C, BE): Alle, auch wir von der CVP, sind sich einig, dass das alte Filmgesetz von 1962 einer Totalrevision bedurfte, dies abgestützt auf Artikel 71 Absatz 2 der Bundesverfassung: Der Bund "kann Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebotes erlassen". Viele Lücken im Netz der Filmförderung müssen geschlossen werden und werden geschlossen. Wir entscheiden heute über den bereinigten Entwurf des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur. Man beachte den Doppeltitel, auf den ich noch zurückkommen werde. Das heisst, im ironischen Kritikerjargon gesagt: Wir entscheiden über die ständerätliche "Filmtragikomödie" von Lugano mit Happyend in der Fortsetzung. Wir beschliessen über eine Vorlage, die ein Kompromiss eines Kompromisses eines Kompromisses ist – gut anwendbar als künftiges Beispiel in Universitätsvorlesungen für Politikwissenschaftler zum Thema Kompromiss.

Zuerst einige grundsätzliche Bemerkungen: Betroffen sind von diesem Gesetz auf der einen Seite Autoren und Regisseure – Akteure von Inhalt und Aussagen eines Films –, auf der anderen Seite die Finanzprotagonisten, die Produzentenverbände, Verleiher, Vermittler, Kinos usw. Betroffen sind der Film, die Filmkultur, das Filmgewerbe.

Es ist ähnlich wie in anderen Kunstgattungen, zum Beispiel in der Musik, wo wir zwischen U-Musik und E-Musik, Unterhaltungs- und ernsthafte künstlerischer Musik, unterscheiden. Die U-Bereiche sind immer gewinnbringendere, sponsorenträchtigere Anlässe. Die E-Bereiche, auch die E-Musik, brauchen immer staatliche Unterstützung. Kunst und Kultur und deren Berufsvertreterinnen arbeiten mittels Beobachtungen, Reflexionen, Anregungen, mittels Visionen am gesellschaftlichen Bild, regen zum Denken, zu Optimierungen und Änderungen an. Gerade deshalb findet die E-Kultur anfangs selten Akzeptanz. Sie muss mit ihrer Vorreiterrolle und ihrem Avantgardismus grundsätzlich vom Staat gefördert werden. Diese Unterscheidung und Wertung von U und E gilt in weiten Bereichen auch in der Filmbranche. Hier verdient die wirtschaftlich denkende Produzenten- und Vertriebsseite mit U-Filmen – weitgehend made à la USA – mehr als mit E-Filmen, was ihr nicht a priori verargt werden soll. Indessen gilt es in jeder Branche, auch Verantwortung für besondere Qualitäten und gegenüber der eigenen Gesellschaft zu tragen, weshalb die Filmbranche bei diesem Gesetz richtigerweise konsultiert und integriert wurde.

Wie entspricht das vorliegende Gesetz diesen Anforderungen? Unsere Förderung auf hohem Qualitätsniveau schliesst – in einer Zeit der Globalisierung und teuren Massenproduktionen – im vorliegenden Gesetz auch die Förderung der eigenen schweizerischen wie regionalen Identitäten und der Filmberufsleute in der Schweiz ein. Diesem Ziel wird entsprochen mit den Vorschriften zur Angebots- und Sprachenvielfalt und mit einer selektiven Förderung nach Qualitätskriterien und nach Erfolgskriterien gemäss der jetzigen Filmförderung "succès cinéma", welche Ende Jahr auslaufen wird. Das neue Gesetz liberalisiert die völlig überholten Regelungen des Filmmarktes, die zudem primär eher protektionistischer Natur sind. Die Filmkultur wurde von Kontingenten befreit. Die Bewilligungspflicht für Filmverleih und neue Kinosäle wurde abgeschafft. Die Verankerung der Autoregulation einer Branche in einem Gesetz ist interessant und kann für die Zukunft zu einem kreativen

AB 2001 N 1527 / BO 2001 N 1527

Liberalismuselement werden. Ein gewisser staatlicher Service public – das heisst Sicherung des Ziels durch statistische Kontrollen bzw. Interventionismus bei Nichteinhaltung der Branchenvereinbarung – ist im Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur angebracht. Auf diese Art wird in den Kinoregionen nicht ein "Filmtagesteller" diktiert, sondern von guten "Filmköchen" wird, neben dem US-amerikanischen "Fastfood-Teller", ein "Menü" von Bildungsfilmen angeboten, von welchem Feinschmecker sonst zu wenig profitieren könnten. Noch etwas zum Geld: Die einfachste Lösung, der "Filmrapen", wurde schon zu Beginn verworfen. Das Gesetz enthält keine zahlenmässigen Verpflichtungen, aber Filmemachen kostet viel Geld. Im Gegensatz zu Institutionen wie Theatern und Museen, bei denen die Gemeinden und Kantone die Hauptlast tragen, ist diesen die Filmfinanzierung kaum in erster Linie aufzubürden. Die Audiovision mit hoch qualifizierten und standortgebundenen Arbeitsplätzen und Ausbildungsorten in der Schweiz, die zur Basisqualifikation auch für Werbung und Computerdesign dienen, ist eine in der Schweiz ernst zu nehmende Branche. Das hoch entwickelte Know-



how der Schweiz darf nicht dadurch wieder verloren gehen, dass zu wenig Filme in zu grossen Abständen hergestellt werden, denn dann drohen Abwanderungen.

Wir erhöhen das Budget um zwei Millionen Franken, was gerade zur Weiterführung der erfolgsabhängigen Filmförderung reicht. Erst in einigen Jahren soll die Filmförderung 27 Millionen Franken betragen. Es ist fraglich, ob dies für all die Aufgaben wie die Unterstützung von Projekten, die Herstellung, die Verwertung und Verbreitung von Filmkultur, die Durchführung von Filmfestivals, die Archivierung und die Führung der Cinéma-thèque reicht.

Jedes Opernhaus erhält von seiner Region das Doppelte bis Dreifache dessen, was der Film vom Bund selbst in Zukunft erhalten wird. Immerhin werden mit allen filmbezogenen Steuern über 75 Millionen Franken Steuereinnahmen generiert.

Abschliessend sind wir froh, dass nach dem Filmriss in Lugano, bei dem einige Sequenzen verloren gingen, Ständerat Schiesser sich in einem Bierspunken der "Bieri-Idee" angeschlossen hat. Bieri, der Regisseur, und Schiesser, der Cutter, haben eine Lösung ausgetüftelt, an der nicht mehr geschraubt werden darf, sonst springt diesmal das Aggregat des Filmapparates.

Die CVP-Fraktion stimmt dem Gesetz und den Detailkorrekturen gemäss Vorlage zu. Es geht um den Schweizer Film und den Film in der Schweiz. Wir lehnen alle "Mörgeli-Vorschläge" ab.

Simoneschi Chiara (C, TI): Il mondo della produzione cinematografica ha subito enormi cambiamenti, soprattutto tecnici, in questi ultimi decenni. La produzione culturale per contro, con la massificazione, si è un po' appiattita. Reputo perciò importante che il nostro paese si doti di uno strumento moderno di promozione della produzione e della cultura cinematografiche. Ambedue servono a valorizzare le diversità culturali che sono una ricchezza per la nostra Svizzera, ma sono una ricchezza anche nell'ambito europeo.

Au nom du groupe démocrate-chrétien, je salue donc cette nouvelle loi qui, se fondant sur l'article 71 de la constitution, a pour objectif non seulement de répondre aux besoins d'aujourd'hui, mais aussi de fournir pour le futur une base légale solide à la promotion de la culture et de la production cinématographiques suisses.

Les instruments d'encouragement du cinéma sont modernes et novateurs. On libéralise la réglementation tout en garantissant l'existence et le maintien d'une vie cinématographique exceptionnellement diversifiée et de haute qualité. J'aime beaucoup la devise reportée dans le message (p. 5020): "La qualité grâce à la diversité."

Je n'entre pas dans les détails des nouveaux instruments introduits, comme par exemple l'aide liée au succès ou encore l'autorégulation de la branche, jugées très positives. Je voudrais attirer votre attention, Madame la Conseillère fédérale, sur un problème de fond, le problème de l'argent mis à disposition pour remplir les tâches importantes décrites dans la loi. Les paroles, donc les articles de loi, doivent être suivis de faits, ce qui signifie un financement adéquat. Les financements de la Confédération, on peut bien le dire, sont modestes, surtout comparés à ceux d'autres pays, et pendant les années passées, ils n'ont pas augmenté – je pense qu'ils ont dû augmenter quelque peu l'année passée. Le temps est venu de rattraper ce retard. Cela est vrai pour la production, mais aussi pour la promotion de la culture cinématographique. Dans ce sens, les festivals du cinéma et de l'audiovisuel sont des instruments majeurs pour la connaissance du cinéma et de la culture cinématographique. Il faudrait donc, dans le futur, un engagement supérieur de la Confédération, soit pour les réalisateurs – je sais que cela est une priorité –, mais aussi pour les festivals. C'est clair comme le jour que, quand je parle de festivals, je parle aussi du festival de Locarno qui est devenu un des quatre grands festivals européens. Il est grand parce qu'il a une bonne qualité et une grande offre culturelle; il est grand parce qu'il a un succès public; il est grand parce qu'il a un grand rayonnement culturel. Je peux dire qu'il est un grand ambassadeur de la Suisse dans le monde, mais qu'il est très petit pour ce qui concerne le financement de la Confédération. Donc, j'attends que vous me donniez peut-être quelques assurances. J'espère que dans un futur pas trop éloigné, on pourra vraiment soutenir ces festivals, grands et petits, qui sont vraiment très importants pour la culture cinématographique.

Kofmel Peter (R, SO): Es wurde dargestellt: In Lugano riss der Film, und das Gesetz wurde an die Absenderin zurückgewiesen. Der Ständerat opponierte damals gegen den eidgenössischen Filmvogt. Der eidgenössische Kompromissgeist hingegen schritt zur Rettung des Gesetzentwurfes, es ergaben sich intensive Verhandlungen zwischen Verwaltung, Parlament und der betroffenen Branche: Es wurde sozusagen ausserhalb des offiziellen Gesetzgebungsverfahrens ein neues Gesetz geboren oder das alte Gesetz so abgeändert, dass man dazu stehen kann. Der "Filz" hat sich wieder einmal als ausserordentlich positiv und auch als nützlich erwiesen.

Dies ermöglicht es uns, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Der Ständerat, Sie wissen es, hat uns jetzt eine brauchbare Vorlage unterbreitet, und – Sie haben es von der Kommissionssprecherin und vom Kommissionsprecher vernommen – unsere WBK hat die Vorlage des Ständerates integral übernommen. Das gilt auch für



die FDP-Fraktion. Wir unterstützen die Vorlage so, wie sie uns vom Ständerat überwiesen worden ist. Es gibt nun einige Stimmen, die sich fragen, warum auch das Filmangebot zu fördern sei, es genüge doch, das Filmschaffen zu fördern. Darauf ist zu erwidern, dass Filme in der Regel nicht von denjenigen Personen geschaffen werden, die sie später im Kino anbieten. Wer also im Film und im Kino Qualität haben will, der muss zwingend das eine wie das andere fördern. Quervergleiche zu Theater- und anderen Kulturschaffenden sind fehl am Platz, weil in der Filmbranche das Anbieten und das Schaffen meistens getrennt sind. Wer die Angebotsvielfalt, und das sage ich in Richtung Kollege Mörgeli, nicht unterstützen will, der soll doch konsequent sein und das Gesetz integral ablehnen.

Wir können auch die von links geäußerte Kritik nicht teilen, es stehe doch viel zu wenig Geld zur Verfügung. Wir sind überzeugt, dass zuerst die Branche selbst arbeiten soll. Man soll sie selbst wirken lassen. Der Staat soll so wenig wie nur nötig aktiv werden. Wir unterstützen Frau Bundesrätin Dreifuss in der Argumentation, der Staat solle hier so subsidiär wie irgendwie möglich eingreifen, und nicht mehr.

Was wir aber in aller Deutlichkeit fordern, ist das Folgende: Der einigermassen liberale Geist dieses Gesetzes darf nicht durch die nachfolgende Verordnung zunichte gemacht werden. Wir fordern Frau Bundesrätin Dreifuss und die Verwaltung auf, sich weitestmöglich auf die Selbstregulierungskraft, die Selbstadministration und die Selbstkontrolle der Branche

AB 2001 N 1528 / BO 2001 N 1528

abzustützen. Wir brauchen z. B. keinen neuen Verwaltungsapparat, der Filme und Filmchen zählt. Dazu als Beispiel Artikel 24: Das kann so geregelt werden, dass das Abzählen und Melden der Filme – was die Branche heute schon tut – weiterhin durch die Branche selbst erfolgt und nicht zentral beim Bund ein zusätzliches teures, neues Zählsystem erfunden wird. Zugeständnisse in dieser Richtung, Frau Bundesrätin Dreifuss, würden wir gerne mit Applaus aufnehmen, und sie würden uns Eintreten auf und Zustimmung zum Filmgesetz zusätzlich erleichtern.

Die Einzelanträge, die jetzt schon vorliegen, lehnt die FDP-Fraktion aus unserer grundsätzlich positiven Haltung zum Geist dieses Gesetzes ab.

Widmer Hans (S, LU): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen ebenfalls, auf das Filmgesetz einzutreten und dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen. Wie mein Vorredner beantrage ich auch, alle Einzelanträge abzulehnen.

Die vorliegende Fassung wurde wie gesagt am 20. September 2001 vom Ständerat beschlossen. Ihre WBK hat sie integral aufgenommen. Damit ist der berühmt-berüchtigte Filmriss von Lugano hoffentlich definitiv geklebt. Die so nötige staatliche Filmförderung nach Qualitäts- und Erfolgskriterien erhält damit endlich ihre definitive gesetzliche Grundlage.

In diesem Zusammenhang plädiert die SP-Fraktion übrigens bereits hier und jetzt für eine Erhöhung des Kredites zur Filmförderung. Wir hoffen, dass all jene Votantinnen und Votanten, die sich in Lugano für das gleiche Anliegen stark gemacht haben, an ihrem damaligen Versprechen festhalten. Wenn wir z. B. bedenken, dass Dänemark seine Filmproduktion mit 70 Millionen US-Dollar jährlich unterstützt und Schweden die seine mit 64 Millionen US-Dollar, so nehmen sich die 10 Millionen Franken, mit denen die Eidgenossenschaft das schweizerische Filmschaffen heute unterstützt, sehr bescheiden aus. Eigentlich wäre bei der Aufstockung der Mittel durch den Bund ein Quantensprung nötig, dies vor allem auch im Hinblick auf die Förderung junger Talente. Wir haben hier eine Parallele zur Problematik im Bildungswesen – dort haben wir auch lange gezögert, und jetzt steht ebenfalls eine Forderung nach quantensprungartiger Erhöhung ins Haus.

Es ist auch zu hoffen, dass der Bundesrat – und da wende ich mich an die Frau Bundesrätin nicht genau im gleichen Sinne wie mein Vorredner – bei der Erarbeitung der Verordnung, wenn es um die Definition des Massstabes zur Messung der Angebotsvielfalt geht, hohe, der Filmkunst und nicht einfach nur dem Filmbusiness entsprechende Anforderungen stellt. Der Kernpunkt des neuen Filmgesetzes beinhaltet die Vorschriften zur Förderung der Angebots- und Sprachenvielfalt des Schweizer Kinoprogramms. Diese Vorschriften werden durch einen Mechanismus bestimmt, der einerseits selbstregulierende und andererseits auch interventionistische Elemente aufweist. Dadurch soll verhindert werden, dass in den Schweizer Kinos nur noch "Hollywood-Eintopf" gezeigt wird.

Die primäre Verantwortung für die Erreichung dieses kulturpolitisch wichtigen Zieles liegt bei der Kinobranche selber, welche entsprechende Vereinbarungen abschliesst. Der Bund wird erst aktiv, wenn diese Regulierung versagen sollte. In diesem Fall fordert er die Filmverleiher und Kinobetreiber auf, innert angemessener Frist Massnahmen zur Wiederherstellung der Vielfalt zu ergreifen. Und erst wenn diese nicht greifen sollten, wird in der entsprechenden Kinoregion bei der Branche eine Abgabe von zwei Franken pro Eintritt eingezogen.



Der Ertrag dieser Abgabe wird für die Förderung der Angebotsvielfalt in Verleih und öffentlicher Vorführung verwendet. Von der Abgabe kann sich die Branche sogar noch befreien, wenn sie sich verpflichtet, einen – wie es heisst – besonderen Beitrag zur Vielfalt und Qualität des Filmangebotes zu leisten. Bei Widerhandlungen wird dann eine allfällige Busse bis zu 20 000 Franken verhängt.

Auch wenn für sozialdemokratische Herzen die Lobbyisten durch ihre unermüdliche, um nicht zu sagen fast ein bisschen unverfrorene Arbeit am ersten Entwurf sehr erfolgreich Deregulierungskorrekturen vorgenommen haben – ich denke an meinen Kollegen im Ständerat, Carlo Schmid, der als Vereinspräsident, der eigentlich in den Ausstand hätte treten müssen, sehr stark lobbyiert hat –, auch wenn für uns die Schmerzgrenze fast erreicht ist – ich denke an den Bereich der Multiplexe –, so stimmen wir diesem letztlich doch gut helvetischen Kompromiss nicht ganz leichten Herzens, aber aus Überzeugung zu. Warum? Weil dadurch eine Grundlage für die Filmförderung geschaffen wird und weil so das schweizerische Filmschaffen endlich die nötige gesellschaftliche Anerkennung erhält. Vergessen wir im Weiteren nicht, dass ohne Bund heute kaum mehr ein Spielfilm zustande kommt. Vergessen wir auch nicht, dass jeder Bundesfranken in diesem Bereich mindestens vier weitere Franken auslöst. Diese rein wirtschaftliche Überlegung darf aber doch wohl nicht die letzte sein. Denn die Filmproduktion schafft – genauso wie die Bildung – über den wirtschaftlichen Nutzen hinaus Werte, die auf einer anderen Ebene als der wirtschaftlichen anzusiedeln sind, nämlich im Bereich des Kulturell-Geistigen, insbesondere in der Dimension von Selbst- und Fremdwahrnehmung und damit auch auf der Ebene von Prozessen der Identitätsfindung und -bildung.

Zwar hat der Ständerat dem ursprünglichen Entwurf des Gesetzes einige gute Zähne gezogen. Dennoch unterstützen wir dieses Gebiss als Ganzes noch, weil es funktionstüchtig bleibt und eine schweizerische Filmpolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient, zumindest nicht verunmöglicht.

Ich bitte Sie, möglichst aus Überzeugung diesem Kompromiss zuzustimmen.

Scheurer Rémy (L, NE): La loi sur la culture et la production cinématographiques, dans ses 16 premiers articles, est somme toute un texte très classique, solidement campé sur l'article 71 de la constitution. Nous avons trouvé bonne la définition large donnée à la culture cinématographique ainsi que l'extension donnée à la définition du film suisse.

Les domaines et les moyens de l'encouragement ont aussi l'approbation de notre groupe. Manifestement, les problèmes ne sont pas dans le texte de la loi; ils seront peut-être dans le montant des aides accordées par le budget de la Confédération et éventuellement aussi dans la distribution de ces aides, car il existe toujours un risque de glissement vers la conformité des demandes aux critères comme au goût des personnes qui en décident. Il existe toujours un risque que l'encouragement officiel aboutisse à la constitution de baronnies, à tout le moins de chasses gardées ou de rentes de situation.

Il ne faut pas se cacher le danger de perversion, dès lors qu'il y a une intervention extérieure, fût-elle étatique, dans le jeu naturel de la création et dans le jeu naturel de la concurrence. C'est pourquoi il importe qu'il y ait une totale séparation entre les organes et les personnes qui octroieront les aides et les organes et les personnes qui procéderont à l'évaluation qualitative des résultats.

La seconde partie, dès l'article 17, est surtout consacrée à la question de la diversité dans la distribution et dans la projection des films. Sur le plan constitutionnel, c'est un produit dérivé de l'article 93 sur la radio et la télévision. Il est vrai qu'il aurait été difficile de fonder cette partie de la loi sur l'article 27 relatif à la liberté économique.

Un des intérêts de la réflexion politique est la conciliation des principes contraires; en l'occurrence, la totale liberté du commerce et le risque de monopole, d'une part; d'autre part, la promotion de la diversité avec le risque de mesures étatiques artificielles et économiquement coûteuses.

La solution trouvée pour surmonter cette difficulté est, à nos yeux, élégante, ne serait-ce que par l'association à l'application de la loi des milieux les plus directement concernés par la limitation à la liberté du commerce, c'est-à-dire les distributeurs. La solution est élégante aussi parce que la promotion de la diversité des provenances géographiques des genres et des styles doit se faire en souplesse.

Nous espérons que cet esprit de souplesse sera maintenu dans l'ordonnance et que l'on ne passera pas à un régime

AB 2001 N 1529 / BO 2001 N 1529

de quotas qui risquerait de favoriser dans le film les navets, comme ailleurs les quotas favorisent l'apparition d'autant de faiblesses qu'il y a de catégories.

Ainsi, la promotion de la diversité ne se fait pas dans un esprit protectionniste; elle n'implique pas non plus une intervention de l'Etat dans le domaine esthétique, ce qui serait inadmissible. Les contraintes imposées aux





producteurs semblent acceptables, mais, ici encore, nous souhaitons que l'ordonnance ne soit pas perfectionniste et qu'elle s'en tienne avant tout à l'esprit d'une loi qui veut la promotion de la diversité dans le sens le plus large.

A propos de la taxe, nous avons lu avec plaisir l'alinéa 4 de l'article 21. Cet alinéa prévoit que le produit éventuel de la taxe sera utilisé à la promotion de l'offre dans la distribution pour la région concernée. Il exprime donc bien la volonté principale de cette loi, qui est d'obtenir un produit nul pour la taxe, produit nul qui serait le signe le plus évident, ou d'une très bonne application de la part des distributeurs, ou d'une totale inapplication de la part de l'Etat. Les chances de la première éventualité nous semblent les meilleures. Encore faut-il être sûr que les distributeurs sont maîtres de la distribution et qu'ils ne doivent pas eux-mêmes acheter des multipacks aux producteurs.

Enfin, à la différence de l'exception culturelle opposée en particulier par la France aux règles de l'OMC, notre loi sur le cinéma ne paraît pas protectionniste. L'Etat joue dans la distribution des films son rôle de garant de la concurrence face à un monopole et cela satisfait pleinement les libéraux que nous sommes.

Je vous demande donc, Madame la Conseillère fédérale, si nous pouvons être sûrs que cette loi sur le cinéma ne contrevient pas aux règles de l'OMC, qui parfois ne tiennent pas compte des inégalités dans les conditions de la concurrence et qui, dès lors, ne sont plus que formellement des lois libérales.

Avec cette assurance de conformité aux règles de l'OMC, le groupe libéral acceptera encore plus volontiers cette loi et il s'opposera aux propositions individuelles qui viennent d'être déposées.

Haller Ursula (V, BE): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, auf das Gesetz einzutreten.

Mit dieser Bitte allerdings hört die Übereinstimmung in der Fraktion bereits auf, weil eine mir bis zu diesem Zeitpunkt nicht bekannte Anzahl Fraktionskollegen den Abänderungs-, Ergänzungs- und Streichungsanträgen von Christoph Mörgeli zustimmen werden. Ich spreche also hier und mache fast einen Spagat als Fraktionssprecherin – schlussendlich für eine Minderheit. Persönlich nehme ich zu diesen Anträgen von Christoph Mörgeli nicht Stellung. Ich bitte Sie einfach, seiner Argumentation aufmerksam zuzuhören. Als Mitglied der WBK konnte ich von Anfang an die zugegebenermassen schwierige Geburt dieses Gesetzes mitverfolgen. Dank verschiedenen Hebammendiensten – wir haben es vorhin auch von der Kommissionssprecherin und dem Kommissionssprecher gehört – ist schliesslich ein Gesetz entstanden, mit dem sich alle Beteiligten identifizieren können, im Wissen allerdings, dass sehr grosse Hoffnungen auch noch auf der entsprechenden Verordnung liegen.

Weshalb braucht es überhaupt eine staatliche Filmpolitik? Ich meine, es gilt die Befindlichkeiten unseres Landes zum Ausdruck zu bringen, Identität zu schaffen. Gerade in einer Zeit wie der heutigen ist es unbedingt notwendig, dass wir diese Identität schaffen. Es gilt, den immer wieder heraufbeschworenen und so wichtigen Zusammenhalt der vier Sprach- und Kulturregionen unseres Landes zu fördern. Der Film, mit all seinen Facetten, ist kultureller Ausdruck. Er vermittelt diese Werte und schafft die erwähnte Identität. Er fördert, es wurde ebenfalls bereits gesagt, ein gutes Image der Schweiz auch im Ausland.

Staatliche Filmpolitik bedeutet, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Das vorliegende Filmgesetz bietet diese Chance. Einerseits sieht es Instrumente zur Förderung des Films vor, andererseits ist es ein offenes, liberal formuliertes Regelwerk. Oder, anders gesagt, Qualität und Vielfalt prägen das Gesetz. Qualität und Vielfalt sind auch die Ansprüche, die wir an die Filmschaffenden stellen.

Ich schlage Ihnen, aus dem besagten Zwiespalt, eine salomonische Lösung vor. Hören Sie, wie gesagt, der Argumentation von Christoph Mörgeli gut zu, und lassen Sie sich auf meine Empfehlung ein, nämlich auf das Gesetz einzutreten und ihm zu einem guten Durchbruch zu verhelfen.

Studer Heiner (E, AG): Es ist eine recht spannende Debatte. Ich habe mir überlegt, dass wir eigentlich selber einen Film drehen könnten. Ob er dann auch gefördert würde, das wäre eine andere Sache, weil er nicht unbedingt den Qualitätsansprüchen genügen würde. Aber immerhin hat unsere Frau Bundesrätin am Anfang ein Drehbuch unterbreitet: den Entwurf dieses Gesetzes. Die Kommission des Erstrates hat gefunden, dass er in der Grundlage gar nicht so schlecht ist. Sie hat den Entwurf etwas verändert und ihn dem Rat unterbreitet. Dieser sagt dann – Knall auf Fall –, dieses überarbeitete Drehbuch sei Quatsch!

Was haben wir dann im Juni gemacht? Wir haben gefunden, dass man mit einigen Präzisierungen aus diesem Drehbuch eigentlich doch die Grundlage für einen vernünftigen, sehenswerten Film machen könnte. Nachdem wir ihn dringlich ermahnt hatten, trat der Erstrat auch wieder darauf ein und hat nun etwas vorgelegt, das sicher nicht der erste Film ist und sicher nicht x Oscars bekommen wird. Aber das, was Ihnen die Kommission unterbreitet, ist doch ein Film, der sehenswert ist. Aus diesem Grund ist es auch logisch, dass wir den ganzen Film so unterbreiten, wie ihn der Ständerat vorgeschlagen hat.



Nun kommt in die ganze Drehbuchdiskussion noch das, was sich in der SVP-Fraktion intern abspielt, das ja eigentlich – ich möchte beinahe sagen – ein "Lustspiel moderner Güte" ist. Da wird uns sogar von der Fraktionssprecherin gesagt, wir sollten Herrn Mörgeli gut zuhören. Ich würde sagen: Hören Sie ihm gut zu. Ich habe ihm vorher nämlich als Banknachbar von vorne auch zugehört. Aber ob Sie zuhören oder nicht, lehnen Sie wenigstens das ab, was er unterbreitet, weil sonst der Film zu etwas wird, das wir dann wieder an die Absenderin zurücksenden müssten. Das wollen wir eigentlich nicht, denn dieser Film mit diesem Drehbuch ist eine vernünftige Sache, der wir nun zum Durchbruch verhelfen wollen.

Dreifuss Ruth (,): Je crois que tout a été dit à la tribune et j'aimerais répondre principalement à l'appréciation qui a été faite de cette loi et aux craintes ou aux espoirs qui ont été exprimés concernant les ordonnances, de façon à ce que nous puissions ensuite entrer en matière et passer à l'adoption et à la discussion par article. Certains craignent encore que cette loi garde des relents d'interventionnisme excessif ou de protectionnisme, d'autres ont le sentiment que cette loi a perdu les instruments d'une vraie politique. Tout laisse à penser que si l'on a soudain l'impression, les uns et les autres, d'avoir dû céder à un compromis en allant plus loin que ce que l'on souhaitait, c'est à cause de cette avance un peu saccadée au cours de cette année.

Le texte qui n'a pas été discuté à Lugano ne contenait pour l'essentiel que des corrections rédactionnelles et des précisions bienvenues. Le travail en commission est toujours passionnant parce que, d'un côté, il peut être créatif et que, d'un autre côté, il est un approfondissement de l'analyse d'un problème. Il permet en outre de mettre en évidence des détails que nous n'avons peut-être pas vus ou des difficultés de compréhension. Il rend en principe – pas toujours! – le texte de loi plus clair et plus accessible aux citoyennes et aux citoyens dans sa formulation.

A Lugano donc, le texte était très proche du texte du Conseil fédéral. Il faudrait savoir comment apprécier le texte dont nous disposons maintenant. Il s'en est éloigné essentiellement sur un point. Je ne vous cache pas que c'est un point qui ne me gêne pas; c'est même un point qui me réjouit.

AB 2001 N 1530 / BO 2001 N 1530

Une des difficultés que nous avons rencontrées, parce que nous avons mené des discussions dès le début avec ce que l'on appelle la branche – qui recouvre des intérêts très différents –, provenait du fait que nous avons parié dès le début sur la volonté de la branche d'obtenir une diversité de l'offre et de ne faire intervenir l'Etat qu'à titre subsidiaire.

Une des difficultés que nous avons eues, c'est qu'on voulait malgré tout non seulement donner à l'Etat une espèce de rôle d'arbitre, mais lui demander encore d'assurer l'exécution de ce que la branche déciderait.

Je me suis toujours opposée à cela. Je pense qu'il faut très clairement que la réglementation de la branche soit reconnue pour un but que nous définissons ensemble bien sûr, politiques et groupes intéressés. Nous souhaitons bonne chance, sans la moindre arrière-pensée. Nous espérons que la branche y arrivera, qu'elle y arrivera toute seule, et ce n'est que s'il y a échec que l'Etat interviendra. A ce moment-là, c'est lui qui intervient, et il y a une claire séparation entre le rôle de l'autorégulation et celui de la régulation de l'Etat. Notre projet était peut-être encore entaché d'une difficulté, celle de tracer cette ligne de démarcation, parce qu'à l'époque la branche voulait que l'Etat lui donne sa bénédiction.

Vous vous rappelez peut-être que je m'y étais opposée, car les propositions de minorité me paraissaient de nature corporatiste dans le mauvais sens du terme, l'Etat et une branche économique s'entendant pour trouver une réglementation qui ne soit ni privée ni publique. Depuis la discussion de Lugano, on a réussi à tracer cette ligne de démarcation. Cela me paraît positif. Chacun devra assumer vraiment sa responsabilité, la branche pour réaliser l'objectif, l'Etat pour intervenir avec des moyens efficaces, si cela n'est pas le cas. Donc, je crois qu'on a progressé sur le plan de la clarté, de l'"Ordnungspolitik", comme on dit également dans ce pays.

Les autres changements sont tout à fait banals et relèvent de cette clarification qui était nécessaire et qui est la bienvenue.

Nous avons une loi qui est libérale dans son essence, cela a été souligné de façon très claire en ce qui concerne la réglementation du marché. Elle est infiniment plus libérale que la loi actuelle, qui est d'ailleurs tombée en désuétude, parce que nous ne sommes pas partisans des quotas. Nous ne sommes pas partisans de réglementation de ce type dans le cinéma, Monsieur Eggly; il y a des domaines où les quotas peuvent être utiles, ne vous réjouissez pas trop vite! Elle est libérale dans son essence et permet tout simplement, parce qu'il ne faut pas être naïf, d'intervenir face à un système qui n'est pas un système de marché donnant toutes les garanties d'un bon fonctionnement. C'est bien d'être libéral, c'est bien de faire confiance au marché, mais encore faut-il avoir la lucidité de voir si ce marché fonctionne de façon absolument naturelle, comme le jour où



on revient de la pêche et où on vend les poissons dans un port à la criée, ou bien s'il y a, dans ce marché, des déséquilibres auxquels il faut veiller.

Et il est clair que dans le domaine du cinéma, il y a des déséquilibres. D'un certain côté, c'est un marché mondial, avec toute la puissance de rouleau compresseur, qui occupe les écrans, les cinémas, qui vend des paquets, qui pose des conditions pour que l'on puisse avoir les films qui rapportent; et il risque, à ce moment-là, non pas seulement de bloquer l'accès du public à des films, mais, beaucoup plus gravement, de bloquer, occuper, monopoliser les lieux où ces films peuvent être projetés. C'est de cela qu'il s'agit. Si nous voulons que le public ait une chance de voir d'autres films, alors il faut créer ou sauvegarder ces espaces, et la branche s'est engagée à le faire.

Les questions qui ont été posées étaient – cela arrive souvent – celles qui concernent l'administration et les intentions que nous avons en termes d'ordonnances. Une ordonnance ne peut être que le reflet d'une loi et ne peut vivre que dans le même esprit que cette loi. A cette loi libérale, nous ne pouvons pas accoler des ordonnances qui seraient étatistes, centralisatrices, qui parleraient d'une culture d'Etat, qui voudraient promouvoir un cinéma d'Etat, etc. Ce sont des films d'horreur que vous peignez ici et tel n'est pas le cas. Je réponds très clairement à deux questions qui ont été posées:

1. Non, nous n'introduisons ni quotas ni protectionnisme. Nous veillerons simplement à ce que pluralité il y ait, à ce que diversité il y ait.

2. Non, nous n'allons pas monter un appareil extraordinaire pour récolter des données statistiques. Ces données statistiques existent. Aujourd'hui, la branche ne nous les donne tout simplement pas. La loi crée, elle, l'obligation de les centraliser à un endroit pour qu'on puisse les suivre. C'est comme un monitoring que l'on doit pouvoir installer, une évaluation qui doit pouvoir se faire: pour qu'elle puisse se faire, il faut bien que, à un endroit donné, ces différentes informations se retrouvent rassemblées. Nous n'allons pas envoyer des enquêteurs dans les salles, ceux qui font déjà actuellement ces décomptes continueront à les faire, ils payeront simplement 90 centimes, je crois, pour nous les envoyer. Voilà donc, sur ce point-là, des craintes que j'aimerais dissiper.

Enfin, la question de la règle de l'OMC est, pour moi, absolument claire. Il y a une conformité, puisqu'il n'y a pas de limitation à l'importation. Il n'y a que des garde-fous au premier chef, décidés par la branche pour faire jouer un marché qui, autrement, serait un marché monopolisé par de grandes entreprises à l'extérieur du pays. J'espère que ces compléments d'information vous permettront non seulement d'entrer en matière, mais aussi d'accepter la loi telle que le Conseil des Etats l'a adoptée.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur **Loi fédérale sur la culture et la production cinématographiques**

Detailberatung – Examen de détail

Titel

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

Bundesgesetz über Schweizer Filmproduktion und Filmkultur

Titre

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Loi fédérale sur la culture et la production cinématographiques suisses

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates





Antrag Mörgeli

.... des Filmangebots sowie das Schweizer Filmschaffen fördern und die Filmkultur stärken.

Art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

.... ainsi que la création cinématographique suisse et de renforcer

Art. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

.... Formen der Unterstützung für Schweizer Filme einschliesslich Koproduktionen leisten, insbesondere

AB 2001 N 1531 / BO 2001 N 1531

Art. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

.... d'autres formes de soutien aux films suisses, co-productions incluses, en particulier

Mörgeli Christoph (V, ZH): Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist nicht gegen eine massvolle Unterstützung des Schweizer Films. Die Unterstützung ist aber doch nicht ganz so massvoll, wie diese Videokassette von Ciné-suisse glauben macht. Da heisst es, heute würde der Filmförderungskredit 17 Franken ausmachen; das wäre sogar für mich ausserordentlich bescheiden. Es sind aber 17 Millionen Franken, und der Kredit soll auf 40 Millionen Franken erhöht werden.

Wir sind nicht gegen Eintreten, möchten dieses Gesetz aber im Sinne der Marktwirtschaft und der Konsumentenfreiheit ganz wesentlich verbessern. Wir sind gegen die Förderungsabgabe, gegen Straftaxen, gegen den Zwang zum "korrekten Kinobesuch" und auch gegen jede Konsumentenbevormundung.

Wenn wir den Schweizer Film speziell fördern wollen, dann sollten wir das im Titel deutlich machen. Denn wir wollen Förderungskonzepte ja nicht primär für ausländische Produktionen, speziell für EU-Filme. In Kapitel 2.1.3.1 der Botschaft steht auch ausdrücklich: "Zur Vielfalt gehören der Erhalt und die Pflege einer eigenen Stimme – die des Schweizer Films." Deshalb stelle ich den Antrag, den Titel zu verändern, damit hier auch präzise der Schweizer Film in den Titel aufgenommen wird. Dies ist umso logischer, als der Schweizer Film in Artikel 2 Absatz 2 dann exakt definiert wird. Genau dasselbe möchte ich bei Artikel 1 – das nehme ich auch dazu –, beim Zweckartikel. Da möchte ich insofern eine Präzisierung, damit es heisst: "Dieses Gesetz soll die Vielfalt und Qualität des Filmangebots sowie das Schweizer Filmschaffen fördern und die Filmkultur stärken."

Präsident (Hess Peter): Die SP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Kommission unterstützt.

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Ja, Herr Mörgeli, nachdem Sie im Juni so wild den amerikanischen Film verteidigt haben, schießen Sie sich heute auf den EU-Film ein. Mein Gott, wenn Sie mit Ihren Anträgen die Detailberatung halt unbedingt hier in den Rat verlegen wollen, sei's drum!

Die Kommission lehnt die Anträge ab. Sie sind vollkommen unnötig, sie sind nicht einmal nötig, um Ihr Ziel zu erreichen.

Vielleicht noch ein positiver Abschluss, Herr Mörgeli. In einem sind wir uns einig: Auch ich hätte manchmal gerne andere Schweizer Filme. Über Geschmack lässt sich aber bekanntlich streiten. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist eigentlich nur: Wir machen aus unserem persönlichen Geschmack nicht gleich ein politisches Programm. Auch beim Film sollte das nicht so sein.



Präsident (Hess Peter): Die FDP- und die CVP-Fraktion lassen mitteilen, dass sie die Kommission unterstützen.

Dreifuss Ruth (,): Je m'étonne un peu que ceux qui parlent toujours de la nécessité d'une vie culturelle autonome, en dehors de toute idée de "Stempel", veuillent mettre un "Stempel" dans ce cas en disant clairement: "Ce qui nous intéresse, c'est le film suisse et rien d'autre." Je vous mets au défi, Monsieur Mörgeli, de nous expliquer de façon claire, dans un titre, ce qu'est ce film suisse. En fait, je n'aime pas l'idée que l'on mette ainsi un drapeau dans une loi qui concerne la culture.

Ce que nous voulons, nous le disons très clairement aux articles suivants: c'est encourager des films qui ont été faits en Suisse, par des personnes qui ont la nationalité suisse, mais pas seulement; c'est pouvoir faire des coproductions avec d'autres, c'est avoir en Suisse cette diversité qui nous est chère et qui ne se résume pas à montrer des films "Heimatstil" pour dire qu'on a montré des films suisses, mais qui permette vraiment à un public suisse de voir l'ensemble de la production du monde. Nous sommes bons dans ce domaine. Lorsque nous soutenons le festival de Fribourg, lorsque nous soutenons d'autres festivals tels que ceux de Nyon et Locarno, nous offrons non seulement à notre population, mais aussi au reste du monde, un regard curieux sur les petits cinémas du monde, un regard curieux derrière Hollywood.

Dans ce sens-là, et je m'étonne que cela vienne de vous, il y a un caractère réducteur, étroit et mesquin dans votre proposition. D'ailleurs, dans les articles qui suivent et que vous voulez également modifier, nous avons repris les termes mêmes de la Constitution fédérale. Je ne crois pas qu'une loi doive se montrer moins "courageuse", moins ouverte dans sa formulation que ce texte constitutionnel. Donc, ou bien, avec votre proposition, vous nous faites un procès d'intention en croyant que nous allons subventionner n'importe quoi avec l'argent du contribuable, ou bien vous avez vraiment l'idée qu'on puisse mettre un "Stempel" nationaliste sur un film. Cela n'est pas l'esprit de cette loi.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 110 Stimmen

Für den Antrag Mörgeli 23 Stimmen

Ingress, Art. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Préambule, art. 2, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

....

f. Streichen

Art. 5

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

....

f. Biffer

Mörgeli Christoph (V, ZH): Ich bin etwas enttäuscht davon, dass "schweizerisch" von Frau Bundesrätin Dreifuss mit "engstirnig" und "kleinkariert" gleichgesetzt wird.





Nun zu Artikel 5, Filmkultur: Ich beantrage Ihnen, Buchstabe f zu streichen. Die Zweckbestimmungen in den Buchstaben a bis e machen Sinn. Dies gilt speziell für Buchstabe c: In der Cinémathèque suisse – ich habe mich davon überzeugt – wird gute und nützliche Arbeit geleistet. Buchstabe f hingegen behandelt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films und eben ausdrücklich nicht Koproduktionen. Das ist unnötig, denn internationale Koproduktionen haben wir schon in Artikel 3 Buchstabe b erwähnt. Wir möchten mit diesem Gesetz versuchen und auch erzwingen, dass die Gelder so eingesetzt werden, wie sie eingesetzt werden sollten. Das ist jetzt möglich. Das würde dann heissen: Förderung von zwischen der Schweiz und dem Ausland koproduzierten Filmen. Das ist eine sinnvolle Lösung.
Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Dreifuss Ruth (,): Dans la culture cinématographique, s'il est nécessaire de développer la production locale au sens large, comme je l'ai expliqué tout à

AB 2001 N 1532 / BO 2001 N 1532

l'heure, il est aussi important de pousser la coopération internationale et de la promouvoir. J'aimerais souligner ici que bien des instruments de la collaboration internationale passent par des conventions internationales dans ce domaine ou par des accords régionaux importants. Je pense au fonds de coproduction Eurimages, à l'Observatoire de l'audiovisuel; ce sont deux instruments du Conseil de l'Europe qui permettent réellement de développer cette idée d'un cinéma européen. Vous savez que nos producteurs jouent un rôle important aussi dans la création de films européens, et il est essentiel que nous puissions y participer.

Mais j'aimerais parler d'autres domaines qui me paraissent très importants. Une des conséquences les plus dures sans doute du refus de l'Espace économique européen a été l'exclusion de la Suisse des programmes MEDIA de l'Union européenne. Je ne peux pas en vouloir aux Européens puisque c'est nous qui avons dit non, et nous avons bien le droit de dire non puisque la majorité nous le demandait. Mais à partir de ce moment-là, nous sommes exclus tant des programmes de formation, que de la possibilité de participer à la promotion du film européen à travers les programmes MEDIA; cela est extrêmement dommageable, très concrètement, pour nos cinéastes à tous les niveaux, pour nos techniciens, pour nos caméramans, pour ceux qui travaillent à la création cinématographique, parce qu'ils ne font plus partie de cette communauté de création cinématographique dans l'Union européenne. Si je vous le dis, ce n'est pas pour plaider ici – ce ne serait pas du tout le lieu et surtout pas sans doute en m'adressant à M. Mörgeli – en faveur d'une adhésion à l'Union européenne, mais c'est pour montrer l'importance que ces programmes ont très concrètement pour les gens du cinéma suisse, pour nos créateurs et pour nos techniciens. Ce sont des cadres dans lesquels ils peuvent travailler, et si nous ne participons pas à ces cadres, ils sont enfermés, si l'on peut dire, dans leur propre pays et ne peuvent pas exercer leur métier ailleurs.

Je ne vous provoque pas, je ne cherche pas la bagarre avec vous, mais je vous demande vraiment de réfléchir. Cette proposition est une proposition fondamentalement contre-productive pour M. X et Mme Y qui sont des professionnels du cinéma et qui ont besoin, pour pouvoir travailler, que nous puissions conclure des accords avec d'autres pays ou nous joindre à des accords internationaux ou rester dans le circuit Eurimages, parce que c'est vraiment leur lieu de travail.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 111 Stimmen

Für den Antrag Mörgeli 26 Stimmen

Art. 6–16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 17

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Antrag Mörgeli
Streichen

Eventualantrag Mörgeli
(falls der Hauptantrag abgelehnt wird)
Abs. 2
Streichen

Art. 17
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli
Biffer

Proposition subsidiaire Mörgeli
(au cas où la proposition principale serait rejetée)
Al. 2
Biffer

Präsident (Hess Peter): Herr Mörgeli beantragt, das ganze 3. Kapitel (Art. 17–24) zu streichen.

Mörgeli Christoph (V, ZH): Das 3. Kapitel ist für uns der eigentliche Stein des Anstosses. Hier geht es nicht mehr um Förderung des Schweizer Films, sondern um Repression, um Straftaxen, Abgaben genannt, bei nicht wohlgefälligem Verhalten. Hier wird das konkrete Instrumentarium für den Dirigismus und für Zwangsmassnahmen geschaffen. Inspiriert sei dieses Gesetz vom CO₂-Gesetz. Auch diese Sprache finde ich eigenartig – es geht um Filme, und da ist es doch etwas seltsam, wenn man Produktionen, die einem nicht gefallen oder die man nicht haben will, mit Luftverschmutzung vergleicht.

Bislang haben freiwillige Massnahmen der Branche in der Tat gereicht. Fast alle Kinobetreiber haben nicht nur Mainstreamfilme gezeigt, sondern durchaus auch anspruchsvolle Filme – wenn auch natürlich nicht zu den besten Zeiten, das würde sich nicht rentieren. Artikel 17 Absatz 2 ist sehr eigenartig: Hier werden Verleih- und Vorführunternehmen verpflichtet, die Programmgestaltung auf Qualität auszurichten. Was ist denn Qualität? Wer entscheidet über die Qualität? Es sind doch wohl die Konsumenten! Das kann nicht ein Bundesamt sein; wir wollen keine Staatskinos, wollen keine staatlichen Qualitätsrichter! Für viele ist ein raffiniert gemachter Disney-Trickfilm eine Sache von höchster Qualität, und anderen schaudert's vor dieser Art von Filmen – da sollten wir also aufpassen, dass wir nicht einen Qualitätsbegriff schaffen, der nicht mit jenem der Konsumenten übereinstimmt. Neu ist, dass das zuständige Bundesamt evaluiert, kontrolliert, eingreift und auch rüffelt. Über die Abgabe entscheidet das Departement nach Anhörung der Betroffenen und der Filmkommission – die natürlich wiederum vom Departement bzw. vom Bundesrat eingesetzt und damit Partei ist.

Der Abgabesatz von maximal zwei Franken pro Eintritt soll hälftig von Verleih- und Vorführunternehmen aufgebracht werden. Ganz gewiss werden Straftaxen wie diese auf die Konsumenten abgewälzt, und wen trifft es dann? Es sind in erster Linie Kinder, Jugendliche, Teenager mit ohnehin knappem Taschengeld. Diese wollen nun einmal Harry Potter oder einen Hollywoodstreifen sehen und eben keinen Schweizer Film von Herrn Godard, so anspruchsvoll der auch sein mag. Die Billettpreise in der Schweiz sind mit 15 bis 17 Franken ohnehin die höchsten Europas – wo bleiben in dieser Frage eigentlich die Konsumentenschützerinnen und Konsumentenschützer? Nehmen wir also Abstand davon, hier die jüngsten unserer Mitbürger unverhältnismässig zur Kasse zu bitten und für "falsches" Kinogehen zu bestrafen.

Misstrauisch muss der Text der Botschaft machen: "Mit der Erhebung der Lenkungsabgabe soll das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in einer bestimmten Weise beeinflusst werden." Die nationale Kultur, so steht hier weiter, verkümmere, wenn sie dem Wettbewerb ausgesetzt werde. Das ist natürlich eine absurde Aussage. Die nationale Kultur unseres Landes hat sehr viel mit dem jahrhundertelangen Wettbewerb dieses Landes zu tun, mit unserer leistungsfähigen Marktwirtschaft. Mit dieser wird unser Land wahrscheinlich eher identifiziert als mit dem Schweizer Film.

Eine schlechte Idee ist auch die Registrierungspflicht des Bundes, die Registerführung durch den Bund. Das kann die Branche wesentlich besser, sie hat Erfahrung in solchen Dingen. Sie ermittelt die Box-Office-Zahlen



regelmässig. Die sind wichtig für die Branche, und davon könnte der Bund wirklich ohne weiteres profitieren. Der Ständerat hat diesbezüglich eine bessere Version, und der werden wir sicher auch zustimmen.

AB 2001 N 1533 / BO 2001 N 1533

Kurz: Kultur hat etwas mit Markt zu tun, Kultur ist nicht in erster Linie Sache des Staates, sondern Kultur ist Sache der Kultur.

Kofmel Peter (R, SO): Ich möchte wiederholen, was ich im Eintretensreferat bereits gesagt habe: Wer die Filmqualität beim Filmschaffen fördern will und dies dann beim Angebot nicht tun will, soll es doch gleich bleiben lassen! Denn dann verschwenden Sie Geld an Filme, die geschaffen, aber nie gezeigt werden. Wir brauchen beim Filmemachen beides, einfach deshalb, weil das Filmschaffen und das Filmezeigen völlig unterschiedliche Dinge sind. Ich bin sehr erstaunt, wie gut der Herr Professor und Privatdozent, der doch in einem sehr geschützten "Markt" arbeiten darf, den Filmmarkt kennt.

Wie liberal das Gesetz ausgestaltet ist, sehen Sie eigentlich in Artikel 17 Absatz 3 gemäss Beschluss des Ständerates: Bevor eine Branchenvereinbarung abgeschlossen wird, darf der Bundesrat bzw. das Departement Stellung nehmen – wir kehren also sozusagen unsere gewohnten Spiesse um. Im Übrigen wird die Vielfalt auch nicht an einem Kino gemessen, sondern an einer Kinoregion. Die Ängste von Herrn Mörgeli sind völlig an den Haaren herbeigezogen.

Der liberale Geist geht dann eigentlich auch so weiter, indem allfällige Beanstandungen nämlich nicht sofort irgendwelche Sanktionen nach sich ziehen, sondern umgekehrt die Branche sich dann wieder dazu äussern kann. Die Branche kann selber Verbesserungen durchführen, und erst als Ultima Ratio würde der Bund einschreiten. Nach meinem Kenntnisstand – ich habe mich auch mit Filmverleihern und Kinobesitzern besprochen – ist das etwas, wozu die Branche sich auch bekennt und ganz der Meinung ist, das wäre dem gesamten Filmschaffen in der Schweiz förderlich.

Ohne dieses Kapitel brauchen wir dieses Gesetz jedenfalls nicht mehr.

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Herr Mörgeli, Sie sitzen, wie schon im Juni, wieder im falschen Film. Ich denke, eine liberalere Version als die, die der Ständerat hier entwickelt hat, werden Sie gar nicht mehr finden.

Sie müssten also ehrlicherweise – und das haben Sie schon im Juni verpasst – einen Nichteintretensantrag stellen. Dann könnte man wirklich darüber abstimmen, aber so ist das Ganze, wie schon mein Vorredner gesagt hat, an den Haaren herbeigezogen. Ich möchte Sie bitten, dass Sie das nächste Mal Ihre wahnsinnig klugen Anregungen einem Mitglied der WBK weitergeben; so könnten wir sie dort besprechen, und es müsste keine Detailberatung im Plenum stattfinden. Wir hätten dann alle ein bisschen mehr Zeit.

Neiryck Jacques (C, VD), pour la commission: On ne peut pas biffer ce chapitre 3 sans vider la loi de tout son sens. On ne peut pas vouloir quelque chose et puis ne pas prévoir des sanctions pour les gens qui ne se plient pas à ce que l'on demande. Quant à dire que l'on défend les consommateurs en ne les protégeant absolument pas, l'analogie avec d'autres domaines vous le montrera, Monsieur Mörgeli. Est-ce que l'on pourrait, sous prétexte qu'il ne faut pas intervenir, autoriser n'importe quel rebouteux à soigner au même niveau qu'un médecin, ou bien est-ce qu'il faut tout de même que la Confédération, dans les différentes professions, intervienne d'une certaine façon pour dire qu'il y a des exigences minimales de qualité?

Personne, du reste, n'interdit dans cette loi la diffusion des films de la plus mauvaise qualité. On peut avoir encore des cinémas pornographiques, ce n'est pas interdit, mais on souhaite tout de même que les consommateurs puissent accéder à de bons films. Je me permets de revenir sur l'argument que j'ai développé et qui a frappé très fort la commission: acheter des livres, ce n'est pas compliqué. Tout le monde peut publier, tout le monde peut éditer et, dans une librairie, on peut exposer 1000, 2000, 3000 livres, mais le cinéma a ceci de particulier que cela coûte très cher de réaliser un film et que le nombre de salles à disposition est limité. Donc, il faut, à l'intérieur de cela, garantir la liberté de choix du consommateur en ne permettant pas qu'un monopole s'installe. C'est donc une loi qui reste libérale, mais la liberté ne peut pas exister si, en même temps, on n'évite pas les monopoles.

Dreifuss Ruth (,): Kultur ist nicht Sache des Staates, Kultur soll auch nicht die alleinige Sache der Shareholder sein, Kultur ist Sache der Kultur. Sie braucht zweierlei: einerseits die Unterstützung des Staates für die Produktion der Kultur und andererseits den starken Willen der Branche – unter der Aufsicht des Staates –, die Vielfalt des Angebotes zu gewährleisten.



Präsident (Hess Peter): Wir stimmen nun über den Hauptantrag Mörgeli zu den Artikeln 17 bis 24 ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 119 Stimmen

Für den Antrag Mörgeli 23 Stimmen

Präsident (Hess Peter): Herr Mörgeli begründet nun seinen Eventualantrag zu Artikel 17.

Mörgeli Christoph (V, ZH): "Kultur unter Aufsicht des Staates" haben wir gehört. Damit haben wir natürlich unsere Mühe, das muss ich ganz ehrlich sagen.

Nun, ich habe einen Eventualantrag gestellt, falls der Gesamtantrag nicht durchkommt. Er betrifft Artikel 17, in dem es um die Festlegung der Qualität durch dafür bezeichnete Stellen geht. Da wären wir ausserordentlich vorsichtig. Wir wissen nicht, was "Qualität" ist, was man unter "Qualität" versteht. Das ist ein zu weites Feld. Darüber könnte man lange diskutieren. Da haben wir wirklich nicht denselben Geschmack.

Ich bitte Sie, diesen Artikel 17 Absatz 2 zu streichen.

Dreifuss Ruth (,): Cet alinéa est tout simplement une définition. Qu'elle soit un peu redondante et que la formulation ne soit pas très élégante, je le reconnais volontiers. Mais en biffant cet alinéa, vous privez tout simplement la loi de la description de ce qui est le plus important, c'est-à-dire l'autorégulation par la branche. Encore une fois, je reconnais que ce n'est pas un chef-d'oeuvre littéraire, mais il a le mérite d'ancrer dans la loi la responsabilité librement assumée, voulue par la branche. C'est le but de cet alinéa.

Etant donné qu'on a déjà perdu beaucoup de temps, je ne crois pas que ce soit à ce Conseil de chercher à améliorer une rédaction un peu cahoteuse.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 118 Stimmen

Für den Eventualantrag Mörgeli 25 Stimmen

Präsident (Hess Peter): Herr Mörgeli teilt mir mit, dass mit dieser Abstimmung auch seine weiteren Anträge erledigt sind.

Art. 18, 19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

Streichen

Art. 18, 19

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

AB 2001 N 1534 / BO 2001 N 1534

Art. 20

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli





Streichen

Antrag Wasserfallen

Abs. 1

Das zuständige Bundesamt evaluiert periodisch die Wirkung

Art. 20

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Biffer

Proposition Wasserfallen

Al. 1

L'office compétent évalue périodiquement l'impact des activités

Art. 24

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

Streichen

Antrag Wasserfallen

Abs. 2–4

Streichen

Art. 24

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Biffer

Proposition Wasserfallen

Al. 2–4

Biffer

Wasserfallen Kurt (R, BE): Ich hoffe, Frau Fetz, dass Sie es einem normalen Mitglied dieses Rates trotzdem noch erlauben, einen Antrag zu stellen – obschon Sie das offenbar nicht sehr gerne hören.

Ich hänge hier im heutigen Drehbuch eine weitere Szene an; ich nenne sie die Antibürokratieszene, denn für das Geld, das wir ausgeben, ist mir die Förderung der Kreativität lieber als die Förderung der Büroaktivität. Mir ist es ähnlich gegangen wie dem Ständerat im Tessin; ich finde, dass dieses Gesetz ein Staatsinterventionsgesetz ist. Es ist allerdings besser als dasjenige, das wir heute haben. Insbesondere stört mich das 3. Kapitel mit den "Vorschriften zur Förderung der Vielfalt öffentlich vorgeführter Filme". Der Ständerat hat glücklicherweise bereits ein paar Zähne gezogen, indem er beispielsweise das Wort "Kinoort" durch "Kinoregion" ersetzte. Was das ist, weiss man allerdings auch nicht so genau. Für mich sind es aufgrund der hohen Mobilität der Bevölkerung und der guten verfügbaren Verkehrsmittel sehr grosse Regionen, die mit den Wirtschaftszentren übereinstimmen. Mehr als fünf bis zehn sollte es nicht geben.

Der Antrag auf Streichung des 3. Kapitels war in diesem Rat leider nicht erfolgreich. Aber ich versuche, wenigstens die unselige Melderei von Privaten an den Staat einzudämmen. Wir kennen sie auch zuhauf aus anderen Gesetzen. Das ist für mich Bürokratie in Reinkultur. Wenn der Staat über die beschworene Vielfalt des Angebots etwas wissen will, dann kann er Erhebungen machen, falls er das für nötig hält. Aber es geht nicht an, in Artikel 24 – darum spreche ich auch gerade zu meinen Anträgen zu diesem Artikel – vorzuschreiben, dass Verleiher und Vorführunternehmen monatlich oder sogar wöchentlich Papiere einschicken müssen und dann



noch happig – gemäss Artikel 28 – bestraft werden können, wenn sie dies einmal nicht tun. Das riecht schon ein bisschen nach Polizeistaat, und das wollen wir nicht. Der Bund kann, z. B. gerade in den Schlüsselstädten, die Kinoprogramme auch der Tagespresse entnehmen, um die Vielfalt beurteilen zu können. Damit sind nämlich ausreichende Statistiken möglich, wenn man das wünscht. Bisher gelang der Erhalt der Vielfalt auch ohne Meldungen an den Staat.

Wenn die Branche das tun will – und Herr Kofmel hat gesagt, dass sie dazu bereit ist –, dann soll sie es tun. Sonst haben wir in der Verordnung – Herr Kofmel hat darauf hingewiesen – garantiert wieder einen Bürokratismus aufgebaut, den wir nun wirklich nicht wollen. Wir müssen also bereits hier in Artikel 20 dafür sorgen, dass wir den Staatsapparat nicht aufblähen. Vielleicht gelingt es mit diesem Gesetz ja sogar, einen Abbau des Apparates hinzubringen. Der Verwaltung stapelweise Meldungen zuzuschicken – das kann ja nicht die Lösung sein. Der Staat kann selber zur Vielfalt schauen, wenn er das möchte.

In Artikel 24 Absatz 2 werden die Verleihunternehmen und in Absatz 3 die Vorführunternehmen verpflichtet, Meldungen zu machen. Dabei handelt es sich erst noch vielfach um dieselben Meldungen. Hier sind viele Doppelspurigkeiten enthalten. Der Verleiher soll z. B. Auskunft über die Zahl der Eintritte geben. Diese Angaben erhält er wohl nur vom Vorführunternehmen, das die Arbeit dann doppelt macht, die Angaben wahrscheinlich der Branche meldet und dann noch dem Staat, und dem Verleihunternehmen auch noch. Wenn nichts verliehen wird, dann wird nämlich auch nichts vorgeführt. Was macht denn eine doppelte Meldepflicht an dieselbe Staatsstelle für einen Sinn? Vergleicht dann diese Staatsstelle die Angaben und versucht sie, die Meldungen gegenseitig zu kontrollieren, um dann die schwarzen Schafe zu ermitteln? Ich weiss es nicht. Dieses Vorgehen ist für mich höchst widersinnig. Es belastet die Wirtschaft, ist teuer und vergrössert erst noch die Staatsaufgaben. Wie gesagt: Die Vorführunternehmen in den Städten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich – das sind die so genannten Schlüsselstädte – müssen wöchentlich paketweise Angaben schicken und sich gefallen lassen, dass der Staatsapparat diese anschaut.

Noch einmal: Wenn die Branche das tun will, dann soll sie es tun. Wir überlassen es ihr. Aber wir wollen nicht, dass hier Parallelismen und Staatsinterventionen stattfinden.

Ich bitte Sie also auch im Namen eines schlanken Staates, Artikel 24 Absatz 2 und 3 zu streichen. Die Streichung von Absatz 4 ergibt sich automatisch.

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Ja, Herr Wasserfallen, ich habe Ihren Antrag mit Interesse gelesen, weil ich auch eine grosse Gegnerin der Bürokratie bin, und ich bin tatsächlich der Meinung, dass gute Anträge immer willkommen sind. Doch ein "Rumgenörgel", das sowieso nicht inhaltlich begründet ist, ist doch etwas anderes.

Ihre Angst vor Bürokratismus ist für mich völlig unbegründet, denn die Zahlen, die man hier erwartet, werden sowieso erhoben. Sie sind sowieso vorhanden, und im Zeitalter von E-Mail und Internet müssen Sie deswegen auch keine Pakete herumschicken. Also nicht einmal die Post hat etwas davon.

Dieser Vorschlag kommt aus der Branche selbst, die sich selbst regulieren will und muss. Das will sie selbst. Dazu braucht es ein Evaluationsinstrument, nicht zuletzt deshalb, weil die Branche auch Rechtssicherheit verlangt.

Das ist der Grund, warum man Ihren Antrag nicht annehmen kann.

Neiryck Jacques (C, VD), pour la commission: Si je vous comprends bien, Monsieur Wasserfallen, vous êtes partisan de l'obscurité. Vous êtes opposé aux statistiques, vous êtes opposé à la transmission de l'information. Vos suggestions sont tout de même assez curieuses: vous croyez que vous

AB 2001 N 1535 / BO 2001 N 1535

luttrez contre la bureaucratie en demandant qu'il y ait des fonctionnaires qui observent le nombre de gens qui rentrent dans les salles, qui lisent les journaux pour savoir quelle salle projette quel film et qui se renseignent comme cela par des voies détournées. Cela coûtera beaucoup plus cher que de demander tout simplement aux entreprises, à l'époque d'Internet, de transmettre par E-mail les informations qui sont demandées. Ne pas vouloir se donner les instruments d'une statistique, c'est ne pas vouloir gouverner. Et je crois que, effectivement, vous êtes partisan d'un système faible, avec un gouvernement inexistant, un gouvernement privé d'informations.

Dreifuss Ruth (,): Comme l'a dit M. Neiryck, ce n'est pas parce que l'on parle de salles obscures qu'il faut faire régner l'obscurité sur l'ensemble du problème. Je dirais plus simplement: nous avons un article sur l'évaluation de l'encouragement au cinéma et, ici, nous avons simplement la partie évaluation de la diversité de l'offre. Le but n'est pas de savoir s'il faut décrocher l'épée de Damoclès et foudroyer ceux qui n'y auraient pas travaillé,



mais c'est de voir quelle est l'efficacité des mesures qui sont prises et quelle est la possibilité de définir les fameuses zones dont vous parlez. Pour cela, nous avons besoin de statistiques, et ces statistiques sont faites, elles existent. Tout ce que nous créons, c'est la ligne pour qu'elles soient communiquées. Et c'est vraiment l'Etat le plus svelte qui soit que celui qui ne va pas chercher lui-même des informations qui existent déjà, je le répète, mais qui recueille ces informations, ce qui permet d'avoir un tableau de bord dans ce domaine. Ce tableau de bord est mis à disposition de l'ensemble de la population et de la branche. Vous avez vu que ces informations, qui sont centralisées, sont également publiées, ce qui est une chose utile.

Toutes ces dispositions ont été acceptées par la branche, sans la moindre difficulté et, actuellement, Procinéma, l'Office fédéral de la statistique et l'Office fédéral de la culture travaillent pour faciliter le plus possible le système de ce tableau de bord. Ce que nous vous proposons ici, c'est l'élément le plus simple: les informations arrivent à un endroit, elles sont mises en lumière et rendues à l'ensemble de la population, de la branche et de tous ceux qui sont intéressés à l'évolution de la diversité dans le domaine du cinéma.

Präsident (Hess Peter): Die Anträge Mörgeli sind erledigt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 112 Stimmen

Für den Antrag Wasserfallen 41 Stimmen

Art. 21, 22

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

Streichen

Art. 21, 22

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 23

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

Streichen

Antrag Wasserfallen

Abs. 3

.... Wohnsitz in der Schweiz haben.

(Rest des Absatzes streichen)

Art. 23

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Biffer

Proposition Wasserfallen



Al. 3

.... doivent être domiciliés en Suisse.
(Biffer le reste de l'alinéa)

Wasserfallen Kurt (R, BE): Zur Bürokratie: In Artikel 23 Absatz 3 heisst es bezüglich der Registrierungspflicht: "Ist das Unternehmen eine juristische Person, so müssen die Mitglieder der Geschäftsleitung Wohnsitz in der Schweiz haben." Das kann ich noch verstehen. Aber dass man jeden Wechsel des leitenden Personals der zuständigen Behörde melden muss, das verstehe ich wirklich nicht mehr. Wenn man dafür noch happige Strafen gemäss Artikel 27 zu kassieren hat, dann verstehe ich überhaupt rein nichts mehr. Wenn nun eine Firma beispielsweise einen Wechsel in der Geschäftsleitung verzeichnet, muss sie das melden. Jede Umorganisation dieser Firma mit einer Neudefinition der Geschäftsleitung oder eine Neubesetzung der Geschäftsleitung soll sie auch noch melden. Ich glaube, man hat in diesem Unternehmen dann Gescheiteres zu tun, als noch an den Bund zu denken, daran zu denken, dass irgendwo noch eine Meldung zu machen ist. Wie schnell vergisst man so was! Wenn der Bund den Eindruck gewinnt, in einer Firma laufe etwas nicht nach Gesetz – man kennt sich ja in dieser Branche –, dann kann man nachfragen, und vielleicht steht auch noch etwas im Handelsregister. Ich bitte Sie, wenigstens dieser Melderei einen Riegel zu schieben.

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Herr Wasserfallen, ich sehe, dass Sie das Gesetz wirklich sehr genau gelesen haben. Aber ich kann Sie auch in diesem Fall beruhigen: Die Bürokratie wird sich hier absolut in Grenzen halten. Es geht auch in diesem Fall um die Rechtssicherheit und um die Gleichheit vor dem Gesetz. Es wird einfach registriert, wer seinen Wohnsitz in der Schweiz hat.

Neiryneck Jacques (C, VD), pour la commission: Comment voulez-vous que l'on sache qui est dans la direction si, lorsque la direction change, on ne communique pas les changements?

Je me permets de vous rappeler que, dans un domaine tout à fait différent, des décisions très graves ont été prises sans que la Confédération puisse contrôler ce qui se passe, tout simplement parce qu'on ne sait plus qui fait quoi et qui prend quelle décision dans ce pays, dans les entreprises.

Dreifuss Ruth (,): D'abord, j'aimerais rassurer M. Wasserfallen. La Confédération n'est pas à l'origine de cet article. Nous ne tenons pas particulièrement à tenir un tel registre. D'ailleurs, il ne faut pas en exagérer l'importance, c'est tout simplement un lieu d'annonce. C'est la branche qui le souhaite. C'est la branche qui a demandé, tout au long de ce processus, de pouvoir, aussi dans un esprit de clarté, savoir qui est responsable des différentes salles ou des différentes entreprises de distribution. Dans ce cadre de la recherche d'une transparence, nous avons pensé pouvoir accepter cette tâche qu'on nous demande. Mais alors, il faut que ce registre soit à jour. Si je vous comprends bien, Monsieur Wasserfallen, vous souhaitez biffer une phrase, pour dire en substance: "On est d'accord de faire un registre, mais on n'est pas d'accord de le mettre à jour." J'ai un peu de peine à suivre cette logique.

AB 2001 N 1536 / BO 2001 N 1536

Etant donné qu'il n'y a pas de proposition visant à biffer l'ensemble de l'article, donc l'idée même du registre, j'aimerais vous demander de maintenir quand même l'idée qu'il soit mis à jour.

Präsident (Hess Peter): Der Antrag Mörgeli ist erledigt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 108 Stimmen

Für den Antrag Wasserfallen 34 Stimmen

Art. 25, 26

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté





Art. 27–33

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

Streichen

Art. 27–33

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

Biffer

Präsident (Hess Peter): Die Anträge Mörgeli auf Streichung des 5. Kapitels (Art. 27–32) sowie von Artikel 33 sind ebenfalls erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 34

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 35

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Mörgeli

....

b. Streichen

c. Streichen

d. Streichen

e. Streichen

Art. 35

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Mörgeli

....

b. Biffer

c. Biffer

d. Biffer

e. Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 36–38

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2001 • Erste Sitzung • 26.11.01 • 14h30 • 00.078
Conseil national • Session d'hiver 2001 • Première séance • 26.11.01 • 14h30 • 00.078



Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 00.078/1651)

Für Annahme des Entwurfes 120 Stimmen

Dagegen 25 Stimmen